



CLAUDIA KEMFERT

Was die AfD in Sachsen-Anhalt mit der Energiewende machen könnte

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Sachsen-Anhalt ist ein Energieland. Wind und Solar spielen dort bereits heute eine wichtige Rolle. Das ist kein Problem, sondern ein Standortvorteil. Erneuerbare Energien sind heimisch, günstig und machen unabhängiger von fossilen Importen. Wenn die AfD in Sachsen-Anhalt den Ministerpräsidenten stellen würde und ihre energiepolitischen Pläne umsetzen könnte, wäre die Energiewende nicht über Nacht beendet. Aber sie würde sehr wahrscheinlich gezielt ausgebremst. Das hätte Folgen.

Am schnellsten würde sich Unsicherheit breitmachen. Unternehmen investieren nicht gern dort, wo der Ausbau erneuerbarer Energien infrage gestellt wird. Projektierer, Stadtwerke, Kommunen und Industrie brauchen Planungssicherheit. Wer ein Windkraft-Moratorium ankündigt, Förderprogramme infrage stellt oder die Wärmewende blockiert, bietet das Gegenteil. Für Haushalte würden die Strompreise nicht am nächsten Tag sprunghaft steigen. Strompreise entstehen bundesweit und europäisch. Aber mittelfristig gilt: Wer günstigen Wind- und Solarstrom ausbremst, macht das System abhängiger von Kohle, Gas, Importen und schwankenden Weltmarktpreisen.

Ein Bundesland kann die Energiewende nicht allein abschaffen. Viele zentrale Regeln liegen beim Bund oder bei der EU. Aber ein Land kann die Flächenplanung verzögern, Genehmigungen erschweren, Behörden politisch anders ausrichten, Förderprogramme streichen und Kommunen verunsichern. Besonders schädlich wäre ein Windkraft-Moratorium: Windenergie an Land gehört zu den günstigsten Formen der Stromerzeugung; wer sie ausbremst, nimmt Sachsen-Anhalt günstige heimische Energie, kommunale Einnahmen und industrielle Standortchancen. Energiewenden scheitern selten an einem großen Knall. Sie scheitern an Verzögerung, Blockade und politischem Dauernebel.

Für die Industrie wäre ein solcher Kurs ein Warnsignal. Saubere Energie ist längst ein Standortfaktor. Chemie, Rechenzentren, Batterien, Maschinenbau und viele mittelständische Unternehmen achten darauf, ob günstiger erneuerbarer Strom verlässlich verfügbar ist. Sachsen-Anhalt kann davon profitieren. Gerade die Chemieindustrie braucht grünen Strom und grünen Was-

serstoff, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Ein Rückzug aus der Wasserstoffpolitik würde nicht nur Klimaziele gefährden. Er würde Investitionen und künftige Arbeitsplätze aufs Spiel setzen.

Auch in der Wärmeversorgung wäre der AfD-Kurs teuer. Die Partei stellt sich gegen Wärmeplanung, gegen das Gebäudeenergiegesetz und gegen die Förderung von Wärmepumpen. Das klingt nach Entlastung, ist aber eine Kostenfalle. Wer Haushalte länger an Gas und Heizöl bindet, macht sie abhängig von fossilen Preisen und steigenden CO₂-Kosten. Die soziale Frage lautet nicht: Wie halten wir möglichst lange an Gas und Öl fest? Sondern: Wie schaffen wir den Umstieg so, dass Haushalte unterstützt werden und Kosten langfristig sinken?

Kohle und Gas sind keine billige Rückversicherung. Kohlekraftwerke verursachen hohe Klimaschäden und werden durch den Emissionshandel zunehmend teuer. Gaskraftwerke können als flexible Reserve eine Rolle spielen, aber nicht als fossile Dauerlösung. Neue fossile Infrastruktur ohne klare Klimaperspektive schafft Lock-in-Risiken: Man baut heute Anlagen, die morgen teuer, unwirtschaftlich oder klimapolitisch untragbar werden. Auch der Ruf nach Kernkraft ist keine realistische Antwort. Neue Atomkraftwerke wären teuer, kämen viel zu spät und würden aktuelle Preis- oder Versorgungsprobleme nicht lösen. Wer heute mit Atomkraft wirbt, lenkt von den Lösungen ab, die längst verfügbar sind.

Sachsen-Anhalt braucht keine fossile Nostalgie, sondern Verlässlichkeit. Das Land braucht moderne Netze, Speicher, Digitalisierung, kommunale Wärmeplanung, Beteiligung der Menschen vor Ort und einen klaren Ausbau Erneuerbarer.

Das ist nicht nur Klimapolitik. Es ist Industriepolitik, Standortpolitik und soziale Vorsorge. Eine 180-Grad-Wende bei der Energiewende wäre kein Befreiungsschlag, sondern ein politischer Kurzschluss.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 9. September 2026 zuerst bei FOCUS Online erschienen.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 23. September 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Prof. Dr. Kerstin Bernoth

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787